Dr. Manfred Murck, Landesamt für Verfassungsschutz

Thesen zur Entwicklung des gewaltorientierten Linksextremismus / Forum P 04.02.2014

---

1. Die Ausschreitungen am 21.12.13 und die gewaltsamen Aktionen im Vor- und im Nachlauf basierten nicht auf neuen, bisher nicht eingesetzten Formen der Gewalt („neue Qualität"), waren aber in der Summe (Teilnehmer und Straftaten) außergewöhnlich. Sie bedürfen insofern besonderer Analyse.

2. Die Ereignisse sind längerfristig einzuordnen in eine seit rund vier Jahrzehnten bestehende (Sub-) Kultur linken bis linksextremistischen und - je nach Anlass - mehr oder weniger militant ausgerichteten Protests gegen die wirtschaftliche und staatliche Ordnung der Bundesrepublik (die sich in der Nachfolge der „68er" gebildet hat). Die Polizei stand immer in der Rolle, konkret wahrnehmbarer und damit auch direkt angreifbarer Vertreter dieses Systems zu sein.

3. Inhaltlich hat sich diese Protestbewegung auf wechselnde Themen und Anlässe bezogen (Immobilienspekulation, Nachrüstung, Atomkraft, sonstige ökologische Probleme, Rechtsextremismus, weltwirtschaftliche Ungleichheit, Kriege / militärische Einsätze , Repression des Staates, Stadtentwicklung). Mobilisierungsfähigkeit und Gewaltbereitschaft waren zwar phasenweise unterschiedlich stark ausgeprägt, aber immer vorhanden. Die Zahl gewaltorientierter Linksextremisten wurde von den Verfassungsschutzbehörden bundesweit seit Jahrzehnten in einer Größenordnung von 5000 und darüber angegeben, in den letzten Jahren gab es einen Trend nach oben (2012: 7100).

4. Teils unabhängig von den jeweiligen Themen und Anlässen gab und gibt es in der linksextremistischen Szene eine fortlaufende Diskussion über die Notwendigkeit und Rechtfertigung von Gewalt (die vor allem bei den Autonomen unter dem Titel „Militanzdebatte" geführt wird). Darin spielen sowohl eigener Lebensstil, moralische Gründe (Humanität) als auch politisch-taktische Kalküle (Vermittelbarkeit, Anschlussfähigkeit) eine Rolle. Die gewaltorientierte linksextremistische Szene war und ist dabei nicht als homogen und klar abgrenzbar zu verstehen, es gab und gibt ein größeres Umfeld von Sympathisierenden und fallweisen Unterstützern. Dieses

Umfeld ist in den 80er und 90er Jahren von Sozialwissenschaftlern eingehend erforscht worden, aktuelle Studien fehlen. Nähere Analysen hierzu wären aber auch für die Polizei von Bedeutung.

5. Im Vorlauf zum 21.12.13 war festzustellen, dass verschiedene Themen (insbesondere Stadtentwicklung, Flüchtlingspolitik und Antirepression) nicht nur Anreize zur Mobilisierung der Hamburger Szene und auch ihres Umfelds boten, sondern eine breite bundesweite Solidarisierung bewirkten. Insgesamt etwa 2000 Auswärtige kamen nach Hamburg, weil es für sie ein symbolischer Ort des Protests und, mit der Roten Flora, des Widerstands war – viele von ihnen kamen auch zum Kräftemessen.

6. Der Gesamtverlauf des Protests am 21.12.13 wurde von weiten Teilen der Szene als Mobilisierungserfolg bewertet, auch die meisten Einzelaktionen (Steinwürfe und Böller auf Polizisten, Sachbeschädigungen bei vielen Unternehmen und Einrichtungen) wurden nicht ernstlich kritisiert. Dass es zu massiven Ausschreitungen kam, wurde in vielen öffentlichen Stellungnahmen auch dem Verhalten der Polizei (Aufstoppen und frühzeitiges Auflösen der Demonstration) angelastet. Im Nachgang fanden sich im Internet mehre Beiträge, deren Autoren in Gewaltfantasien schwelgten, die sich vor allem gegen die Polizei richteten. Die weiteren Kommentare hierzu sind nicht eindeutig linksextremistischen Gruppen zuzuordnen.

7. Die schwere Verletzung eines Polizeibeamten am 28.12.13 bewirkte eine eindeutige Positionierung der breiten öffentlichen Meinung gegen Gewalt und für die Polizei. Auch Vertreter der autonomen Szene betonten, dass direkte Angriffe auf Leib und Leben nicht zu rechtfertigen und nicht konsensfähig seien. Insbesondere im Internet gibt es eine anhaltende Diskussion hierzu.

8. Auch der Protest gegen die Einrichtung von „Gefahrengebieten“ wurde von der für die Szene kritisch gewordenen Gewaltdiskussion beeinflusst. Ein Umschalten auf „kreative“ Formen des Protests (getragen von Teilen der Autonomen und einem weiteren Umfeld) wurde dadurch gefördert, auch weitere Demonstrationen in den dann folgenden Wochen blieben im Kern störungsfrei.

9. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass allein der aktuell hohe politische und moralische Druck auf die gewaltorientierte linksextremistische Szene nachhaltigen

Einfluss auf ihre Aktionsformen haben wird. Ihre Wahrnehmung gesellschaftlicher Zustände und (Fehl-) Entwicklungen wird auch künftig gerade unter jüngeren Menschen Zustimmung finden und die auch militante Herausforderung des Staates - damit im Ergebnis zumeist der Polizei - wird weiter zu ihrem Selbstverständnis gehören.

10. Die Polizei wird also auch künftig mit gewaltsamem Protest konfrontiert werden. Sie muss sich auf diesen besonders schwierigen Teil ihrer Arbeit mental und einsatztaktisch so einstellen, dass solche Konflikte - weder nach außen noch im Inneren – mit zusätzlichen Verhärtungen einhergehen. Eine Voraussetzung dafür ist ein angemessenes Maß an Differenzierung zwischen verschiedenen Gruppen und Akteuren, weder Polizei noch Politik sollten die gesamte Szene pauschal für verbale und faktische Gewaltausbrüche „in Haftung“ nehmen. Aller Erfahrung nach führt dies eher zu Solidarisierungseffekten auch aus dem Umfeld.

11. Gleichzeitig darf nicht ignoriert werden, dass es derzeit zwar keine Erkenntnisse über die Bildung neuer terroristischer Strukturen, jedoch eine Reihe von Aktionen und Begründungsformeln gibt, die an der Schwelle zur terroristischen Gewalt liegen. Vorrangiges Ziel von Polizei und Verfassungsschutz ist an dieser Stelle die Ermittlung der Tatverdächtigen. Zumindest in weiten Teilen der autonomen Szene finden terroristische Gewalt und Strukturen keine Unterstützung – sie sollte auch kein Interesse daran haben, solche Taten zu tolerieren.